

A U S Z U G

aus der Niederschrift

der 50. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses

vom Mittwoch, dem 17.06.2020

- 9. Vorhabenbezogener Bebauungsplanverfahren Nr. 249 „Aussiedlung Kelterei“
 - 9.1 Entscheidungen über Stellungnahmen und Anregungen aus den Beteiligungen der Behörden und der Öffentlichkeit
 - 9.2 Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
 - 9.3 Satzungsbeschluss gem. § 81 H (610)
- (alt 10.)
-

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Entscheidungen über Stellungnahmen und Anregungen aus den Beteiligungen der Behörden und der Öffentlichkeit

Über die im Rahmen der Beteiligungsverfahren (nach § 4 (1) und (2) Baugesetzbuch (BauGB), nach § 3 (1) und (2) BauGB zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren Nr. 249 „Aussiedlung Kelterei“ abgegebenen Stellungnahmen wird entschieden, wie in den Anlagen 1 und 2 zur **Originalvorlage** aufgeführt ist.

2. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 249 „Aussiedlung Kelterei“ in der Fassung vom April 2020 mit Begründung, Umweltbericht und Anlagen wird als Satzung beschlossen, wie in der Anlage 3 zur **Originalvorlage** aufgeführt ist.

3. Satzungsbeschluss gem. § 81 HBO

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen in Teil II der textlichen Festsetzungen werden als Satzung beschlossen, wie in der Anlage 3 zur **Originalvorlage** aufgeführt ist. Sie werden gemäß § 9 (4) BauGB Bestandteil des Bebauungsplans.

Der Beirat Bommersheim ist zu beteiligen.
Der Ausländerbeirat ist zu informieren.

Bürgermeister Brum verweist auf die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 8 (alt 9.) und 9 (alt 10.) und die bereits im Rahmen der Bürgerfragestunde geführte Diskussion.

Stadtverordneter Schwarz betont für seine Fraktion, dass das durchgeführte Bebauungsplanverfahren rechtlich nicht zu beanstanden ist, aber aufgrund der entstehenden Mehrverkehre seine Fraktion dem Vorhaben nicht zustimmen kann.

Stadtverordneter Reuter führt aus, dass die Koalition dem Vorhaben zustimmen wird, da im Rahmen des Verfahrens Anpassungen vorgenommen wurden, die die anfänglich befürchteten negativen Auswirkungen minimieren.

Stadtverordneter Braun meldet für seine Fraktion **Beratungsbedarf** an und regt an, das Thema erneut in einer Sondersitzung vor der nächsten Stadtverordnetensitzung auf die Tagesordnung zu setzen.

Stadtverordneter Schlegel erklärt für seine Fraktion Zustimmung, bittet aber folgende Notiz zu Protokoll zu nehmen:

„Eine weitere Verbreiterung der Straße auf durchgängig 6,50 m ist nicht vorgesehen.
Für Kraftfahrzeuge soll ein durchgängiges Überhohlverbot eingerichtet werden, die Ausweichbuchten sollen ausschließlich für den Begegnungsverkehr genutzt werden. Dem Fuß- und Fahrradverkehr soll höchste Priorität eingeräumt werden.“

Im Hinblick auf den angemeldeten Beratungsbedarf der OBG-Fraktion wird die Abstimmung beider Vorlagen **vertagt**.

- **TOP BUA 01.07.2020**